

Robert Wilkens

# Internal Investigations

Rechte und Pflichten bei der unternehmensinternen  
Aufklärung von Compliance-Verstößen



**Nomos**

## **Schriften zu Compliance**

herausgegeben von

Prof. Dr. Martin Burgi, München

Prof. Dr. Peter Kindler, München

Prof. Dr. Carsten Momsen, Berlin

Prof. Dr. Michael Nietsch, Wiesbaden

Prof. Dr. Thomas Rotsch, Gießen

**Band 17**

Robert Wilkens

# Internal Investigations

Rechte und Pflichten bei der unternehmensinternen  
Aufklärung von Compliance-Verstößen



**Nomos**



Onlineversion  
Nomos eLibrary

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Leipzig, Univ., Diss., 2019

ISBN 978-3-8487-5929-3 (Print)

ISBN 978-3-7489-0052-8 (ePDF)

1. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

*Für Emily*



## Vorwort und Danksagung

Die Arbeit wurde der Juristenfakultät der Universität Leipzig im März 2018 als Dissertation vorgelegt und von dieser angenommen. Die öffentliche Verteidigung der Arbeit fand im Februar 2019 statt. Änderungen der Rechtslage konnten in der vorliegenden Fassung bis zum 31. Dezember 2019 berücksichtigt werden. Literatur und Rechtsprechung wurden ebenfalls – wenn auch teils nur in Fußnoten – bis zu diesem Datum berücksichtigt, vereinzelt auch noch darüber hinaus. Um den relevanten Ereignissen Rechnung zu tragen, die zwischen Einreichung und Veröffentlichung im Zusammenhang mit dem bearbeiteten Thema stattfanden, wurde die eingereichte Fassung der Arbeit erheblich ergänzt. Insbesondere wurde allen Abschnitten mit datenschutzrechtlichen Betrachtungen ein zusätzlicher Abschnitt angefügt, der die Änderungen durch die inzwischen geltende DS-GVO darstellt.

Ganz herzlich bedanken möchte ich mich bei *Prof. Dr. Katharina Beckemper* für ihre hervorragende Betreuung und Unterstützung der Arbeit sowie für die Erstellung des Erstgutachtens. Für die Erstellung des Zweitgutachtens gebührt mein großer Dank *Prof. Dr. Elisa Hoven*. Bedanken möchte ich mich zudem bei *Prof. Dr. Peter Kindler* und *Prof. Dr. Thomas Rotsch* für die Aufnahme der Arbeit in die Nomos-Reihe „Schriften zu Compliance“.

Ein ganz besonderes Dankeschön geht an meine Verlobte, *Franziska Freitag*, für ihre unermüdliche Unterstützung meines Dissertationsvorhabens, viel Verständnis, das kritische Lesen des Manuskripts und die zahlreichen gewinnbringenden Diskussionen. Ebenfalls möchte ich mich bei meinem Doktorandenkollegen Rechtsanwalt *Dr. Richard Falk* bedanken für die unzähligen gemeinsamen Bibliotheksstunden mit vielen wertvollen Anregungen und Diskussionen. Für die ausgezeichnete Unterstützung bei der Veröffentlichungsvorbereitung geht zudem ein herzliches Dankeschön an *stud. iur. Nils Claasen*.

Die Arbeit wäre auch nicht zu dem geworden, was sie ist, ohne die vielen praktischen Erfahrungen und Anregungen, die ich während der Erstellungszeit durch die Mitwirkung an zahlreichen nationalen und internationalen Internal Investigations sammeln konnte. In diesem Zusammenhang geht ein ganz besonderer Dank an *Dipl.-Kffr. Birgit Galley, CFE*, Direktorin der School of Governance, Risk & Compliance, Berlin, sowie an *Alexander*

## *Vorwort und Danksagung*

*Geschonneck* und Rechtsanwältin *Barbara Scheben*, beide Partner der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, für ihre große Unterstützung und das in mich gesetzte Vertrauen sowie an das gesamte Forensic-Team der KPMG AG für die großartige Zusammenarbeit und die zahlreichen praktischen Diskussionen.

Für die besondere Würdigung und die damit verbundene Aufmerksamkeit der Fachöffentlichkeit, die der vorliegenden Arbeit bereits vor ihrer Veröffentlichung zuteilwurden, bedanke ich mich ganz herzlich bei der Wirtschaftsstrafrechtlichen Vereinigung e.V. (WisteV) und dem Verein zur Förderung des Instituts für Anwaltsrecht an der Universität Leipzig e.V., welche die Dissertation mit ihren Promotionspreisen ausgezeichnet haben.

Zum Schluss möchte ich mich ganz besonders bei meinen Eltern, *Barbara Wilkens* und *Holger Wilkens*, sowie bei meiner Schwester, *Nicole Wilkens*, bedanken, die mich auf meinem Lebensweg immer begleitet und unterstützt haben und deren Hilfsbereitschaft und Liebe ich mir immer gewiss sein konnte.

Dr. Robert Wilkens | Leipzig, Juni 2020

# Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	35
Einleitung	43
1. Kapitel: Das Recht zur Durchführung von Internal Investigations	49
I. Der Begriff „Internal Investigation“	49
II. Internal Investigations als Sonderform privater Ermittlungstätigkeit	54
III. Die Zulässigkeit von Internal Investigations	63
A. Die grundsätzliche Zulässigkeit von Internal Investigations	63
B. Kein generelles Verbot von Internal Investigations	65
C. Keine Unvereinbarkeit mit Verfassungsrecht	75
IV. Fazit zum 1. Kapitel	82
2. Kapitel: Die Pflicht zur Durchführung von Internal Investigations	83
I. Aufklärungspflichten und Aufklärungsobliegenheiten	84
II. Das Unternehmen	85
A. Aufklärungspflichten des Unternehmens	85
B. Aufklärungsobliegenheiten des Unternehmens	112
C. Zwischenergebnis	138
III. Persönliche Aufklärungspflichten der Organmitglieder	139
A. Strafrechtliche Aufklärungspflichten	139
B. Steuerrechtliche Aufklärungspflichten	156
C. Gesellschaftsrechtliche Aufklärungspflichten	156
IV. Fazit zum 2. Kapitel	221

3. Kapitel: Einzelne Ermittlungshandlungen	224
I. Befragungen (Interviews)	225
A. Mitarbeiterbefragungen	226
B. Befragung ehemaliger Mitarbeiter	448
C. Befragung Dritter	457
D. Generelle Maßnahmen zur Steigerung der Auskunftsbereitschaft	460
E. Mögliche Strafbarkeit interner Ermittler bei Interviews	489
F. Zwischenergebnis	497
II. Sichtung von Dokumenten	498
A. Dokumente in Papierform	499
B. Elektronische Dokumente (außer E-Mails)	516
C. Informations- und Mitbestimmungsrechte der Betriebsverfassungsorgane	537
D. Zwischenergebnis	549
III. E-Mail-Analyse	550
A. Ausgedruckte E-Mails	551
B. Private E-Mail-Nutzung gestattet	551
C. Private E-Mail-Nutzung untersagt	683
D. Informations- und Mitbestimmungsrechte der Betriebsverfassungsorgane	691
E. Zwischenergebnis	694
IV. Massendatenanalyse (Screening)	696
A. Datenschutzrechtliche Zulässigkeit	698
B. Informations- und Mitbestimmungsrechte der Betriebsverfassungsorgane	721
C. Zwischenergebnis	724
V. Recherchen in öffentlich zugänglichen Quellen	725
A. Datenschutzrechtliche Zulässigkeit	726
B. Informations- und Mitbestimmungsrechte der Betriebsverfassungsorgane	743
C. Zwischenergebnis	744

4. Kapitel: Umgang mit den Ermittlungsergebnissen	746
I. Pflicht zur Offenlegung von Ermittlungsergebnissen	747
A. Pflicht zur Offenlegung gegenüber staatlichen Stellen	748
B. Pflicht zur Offenlegung gegenüber nichtstaatlichen Stellen	766
C. Zwischenergebnis	771
II. Freiwillige Offenlegung von Ermittlungsergebnissen	772
A. Verschwiegenheits- und Geheimnisschutzpflichten	774
B. Fürsorgepflicht des Arbeitgebers	775
C. Datenschutzrechtliche Zulässigkeit	777
D. Zwischenergebnis	786
III. Möglichkeiten der Beschlagnahme	786
A. Unterlagen im Gewahrsam externer Ermittler	793
B. Unterlagen beim Unternehmen	863
C. Sonderfall: Interviewprotokolle	870
D. Zwischenergebnis	872
IV. Strafprozessuale Verwertbarkeit von Interviews	873
A. Beweisverwertungsverbot nach § 136a III 2 StPO analog	877
B. Beweisverwendungsverbot nach § 97 I 3 InsO analog	887
V. Fazit zum 4. Kapitel	918
Literaturverzeichnis	923



# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	35
Einleitung	43
1. Kapitel: Das Recht zur Durchführung von Internal Investigations	49
I. Der Begriff „Internal Investigation“	49
II. Internal Investigations als Sonderform privater Ermittlungstätigkeit	54
III. Die Zulässigkeit von Internal Investigations	63
A. Die grundsätzliche Zulässigkeit von Internal Investigations	63
B. Kein generelles Verbot von Internal Investigations	65
1. Keine strafprozessuale Unzulässigkeit	66
a) Eigene Ermittlungen des Beschuldigten und seines Verteidigers	67
b) Eigene Ermittlungen des Verletzten und unbeteiligter Dritter	69
c) Zwischenergebnis	72
2. Keine generelle Strafbarkeit	72
3. Keine berufsrechtliche Unzulässigkeit	75
C. Keine Unvereinbarkeit mit Verfassungsrecht	75
1. Das staatliche Gewaltmonopol	75
2. Das Richtermonopol, Art. 92 1. Hs. GG	79
3. Der Funktionsvorbehalt, Art. 33 IV GG	80
IV. Fazit zum 1. Kapitel	82

2. Kapitel: Die Pflicht zur Durchführung von Internal Investigations	83
I. Aufklärungspflichten und Aufklärungsobliegenheiten	84
II. Das Unternehmen	85
A. Aufklärungspflichten des Unternehmens	85
1. Zivilrechtliche Aufklärungspflichten	86
a) Aufklärung zur Erfüllung eines allgemeinen Auskunftsanspruchs nach §§ 241 II, 242 BGB	86
b) Aufklärung zur Erfüllung eines gesetzlich besonders geregelten Auskunftsanspruchs	88
2. Keine strafrechtliche Aufklärungspflicht	89
3. Steuerrechtliche Aufklärungspflichten am Beispiel des Verdachts auf Korruptionssachverhalte	90
a) Steuerrechtliche Bedeutung von Korruptionssachverhalten	91
b) Steuerrechtliche Mitwirkungs- und Berichtigungspflichten	92
c) Umfang der Aufklärungspflicht	94
(1) Allgemeine Mitwirkungspflicht bei Inlandssachverhalten	95
(2) Verstärkte Mitwirkungspflichten bei internationalen Sachverhalten	97
d) Zwischenergebnis	98
4. Aufsichtsrechtliche Aufklärungspflichten	99
a) Aufklärungspflicht nach Art. 22 DV MiFID II und MaComp	99
b) Aufklärungspflicht aufgrund sonstiger branchenspezifischer Compliance-Anforderungen	103
c) Aufklärungspflicht nach § 15 V GwG	107
d) Aufklärungspflicht nach 25h III 1 KWG	108
5. Zwischenergebnis	111
B. Aufklärungsobliegenheiten des Unternehmens	112
1. Zivilprozessuale Sachverhalts- und Beweisermittlungsobliegenheit	114
2. Aufklärungsobliegenheit des Unternehmens nach §§ 30, 130 OWiG	116
a) Das System der §§ 9, 30, 130 OWiG	116

b)	Die Aufklärung von Verdachtsfällen als Bestandteil der von § 130 OWiG geforderten Aufsicht	119
c)	Aufklärungspflicht nach § 130 OWiG nur für drittschädigende Rechtsverstöße	120
d)	Keine originäre Rechtspflicht zur Aufklärung von Compliance-Verstößen aus § 130 OWiG	121
e)	Zwischenergebnis	123
3.	Berücksichtigung eigener Aufklärung bei der Bußgeldbemessung	123
a)	Allgemeine Berücksichtigung eigener Aufklärungsbemühungen im Recht der Ordnungswidrigkeiten	123
b)	Spezielle Berücksichtigung eigener Aufklärungsbemühungen bei Kartellverstößen	129
c)	Spezielle Berücksichtigung eigener Aufklärungsbemühungen nach § 22 IV AWG	132
4.	Möglichkeit zur Abmilderung gewerbe- und vergaberechtlicher Folgen von Mitarbeiterkriminalität	132
5.	Möglichkeit zur Abmilderung weiterer Folgen von Mitarbeiterkriminalität	134
C.	Zwischenergebnis	138
III.	Persönliche Aufklärungspflichten der Organmitglieder	139
A.	Strafrechtliche Aufklärungspflichten	139
1.	Die unterlassene Aufklärung von Compliance-Verstößen als strafbare Untreue, § 266 StGB	139
2.	Keine Strafbarkeit wegen Strafvereitelung durch Unterlassen, §§ 258, 13 StGB	142
3.	Der Unternehmensleiter als Täter oder Teilnehmer einer nicht verhinderten Straftat	142
a)	Die Garantspflicht des Unternehmensleiters zur Verhinderung von Mitarbeiterstraftaten	143
(1)	Der Unternehmensleiter als Beschützergarant	143
(2)	Der Unternehmensleiter als Überwachergarant	143
b)	Strafbarkeit wegen unterlassener Aufklärungsmaßnahmen nur im Ausnahmefall	150
B.	Steuerrechtliche Aufklärungspflichten	156

C. Gesellschaftsrechtliche Aufklärungspflichten	156
1. Die Aktiengesellschaft	157
a) Der Vorstand	157
(1) Pflicht zur Risikofrüherkennung, § 91 II AktG	160
(2) Die Sorgfaltspflicht des Vorstands, §§ 76 I, 93 I AktG	162
(a) Einzelne Unterpflichten und Konkretisierungen der Sorgfaltspflicht	163
(i) Die Schadensabwendungspflicht	164
(ii) Die Legalitätspflicht	165
(iii) Die Legalitätskontrollpflicht	170
(iv) Weitergehende Konkretisierung der Sorgfaltspflicht anhand der Business Judgment Rule, § 93 I 2 AktG	177
(b) Die Pflicht zur Aufklärung von Fehlverhalten als Bestandteil der Sorgfaltspflicht	183
(i) Aufklärung zur Schadensabwendung	184
(ii) Aufklärung aus Legalitätsgründen	188
(iii) Aufklärung zur Legalitätskontrolle	189
(iv) Aufklärung zur Schaffung einer angemessenen Informationsgrundlage i.S.d. § 93 I 2 AktG	193
(v) Zwischenergebnis	199
(c) Maßgeblicher Verdachtsgrad	200
(d) Zuständigkeiten und Möglichkeiten der Delegation	203
(e) Entfallen der Aufklärungspflicht aufgrund staatlicher Ermittlungen	205
(3) Zwischenergebnis	208
b) Der Aufsichtsrat	209
c) Die Aktionäre	213
d) Zwischenergebnis	214
2. Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung	216
a) Die Geschäftsführung	216
b) Der Aufsichtsrat	218

c) Der Beirat	218
d) Die Gesellschafter	219
3. Zwischenergebnis	220
IV.    Fazit zum 2. Kapitel	221
3. Kapitel: Einzelne Ermittlungshandlungen	224
I.    Befragungen (Interviews)	225
A.    Mitarbeiterbefragungen	226
1.    Anzeigepflicht des Arbeitnehmers	226
2.    Pflicht des Arbeitnehmers zur Teilnahme an einem Interview	228
3.    Auskunftspflicht des Arbeitnehmers	229
a)    Die Auskunftspflicht nach §§ 666, 675 BGB	230
(1)    Auskunft nur zum unmittelbaren Arbeitsbereich	230
(2)    Pflicht zur Selbstbelastung	236
(a)    Die Konfliktsituation des Arbeitnehmers als Grund eines möglichen Schweigerechts	236
(b)    Die Selbstbelastungsfreiheit als verfassungsrechtlicher Grundsatz	239
(c)    Der Gemeinschuldnerbeschluss des BVerfG vom 13. Januar 1981	240
(d)    Die Übertragung der Grundsätze des Gemeinschuldnerbeschlusses auf die Auskunftspflicht nach §§ 666, 675 BGB	242
(3)    Pflicht zur Belastung von Kollegen	248
(4)    Allgemeine Grenzen der Auskunftspflicht	249
(5)    Zwischenergebnis	250
b)    Die Auskunftspflicht nach §§ 611a, 241 II, 242 BGB	250
(1)    Auskunft über den unmittelbaren Arbeitsbereich hinaus	250
(2)    Zumutbarkeit der Auskunft	253
(a)    Pflicht zur Selbstbelastung	253
(b)    Pflicht zur Belastung von Kollegen	262
c)    Zwischenergebnis	264

d) Durchsetzung des Auskunftsanspruchs und Sanktionen bei verweigerter Mitwirkung des Arbeitnehmers	265
(1) Auskunftsklage und zivilprozessuale Zwangsmittel	265
(2) Zurückbehaltung des Gehalts	267
(3) Schadenersatz	269
(4) Versagung der Betriebsrente	272
(5) Vertragsstrafe	273
(6) Abmahnung und Kündigung	275
(a) Keine generelle Unzulässigkeit der Kündigung bei irrtümlich angenommenem Auskunftsverweigerungsrecht	276
(i) Entschuldbarer Rechtsirrtum ohne vorherige Einholung von Rechtsrat	277
(ii) Entschuldbarer Rechtsirrtum aufgrund eines unrichtigen Rechtsrats	277
(iii) Unzulässigkeit der außerordentlichen Kündigung trotz eines fahrlässigen Rechtsirrtums	278
(b) Keine Unzulässigkeit der Kündigung wegen verweigerter Mitwirkung bei strafrechtlich relevanten Sachverhalten	280
(7) Verdachtskündigung	283
(a) Vorliegen eines dringenden Tatverdachts	285
(b) Beginn der Zwei-Wochen-Frist des § 626 II BGB	286
(i) Dauer der Ermittlungen	286
(ii) Beginn der Kündigungsfrist erst mit Vorlage des Untersuchungsberichts	287
(iii) Hemmung der Kündigungsfrist bei notwendiger Einholung von Rechtsrat	291

(c)	Anhörung vor Ausspruch einer Verdachtskündigung	292
(i)	Die Einladung zur Anhörung	292
(ii)	Mitteilung eines umgrenzten Sachverhalts und Einsichtnahme in Unterlagen	294
(iii)	Recht des Arbeitnehmers auf Hinzuziehung eines Rechtsanwalts	295
(8)	Zwischenergebnis	297
e)	Recht des Arbeitgebers zum Verzicht auf die Durchsetzung des Auskunftsanspruchs	298
f)	Zwischenergebnis	303
4.	Auskunftspflicht der Organmitglieder einer Gesellschaft	303
5.	Pflicht des Befragten zur Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung	305
6.	Recht des Verdächtigen zur Entlastung	307
7.	Datenschutzrechtliche Zulässigkeit der Befragung	308
a)	Rechtslage bis zum 24. Mai 2018	308
(1)	Anwendbarkeit des BDSG	312
(2)	Grundsätzliche Datenerhebung beim Betroffenen	315
(3)	Die Einwilligung des Betroffenen, § 4a BDSG	317
(4)	§ 32 BDSG und § 28 BDSG als Erlaubnisnormen	320
(a)	Maßnahmen zur Aufklärung nicht strafrechtsrelevanter Verstöße	323
(b)	Maßnahmen zur Aufklärung von Straftaten	326
(c)	Anwendbarkeit von § 32 I 2 BDSG für die Aufklärung aller Straftaten im Zusammenhang mit dem Beschäftigungsverhältnis	329
(d)	Der Verdacht als Zulässigkeitsvoraussetzung des § 32 I 2 BDSG	330
(e)	Zulässigkeit von Maßnahmen bei vagem und konkretem Verdacht	331

(f)	Die Interessenabwägung als generelle datenschutzrechtliche Zulässigkeitsvoraussetzung	337
(g)	Keine generelle Unzulässigkeit der Erhebung selbstbelastender Daten	340
(5)	Datenschutzrechtliche Besonderheiten bei externen Ermittlern	342
(a)	Abgrenzungskriterien nach der Funktionsübertragungstheorie	342
(b)	Abgrenzungskriterien nach der Vertragstheorie	344
(c)	Abgrenzungskriterien der Artikel-29 – Datenschutzgruppe	345
(d)	Bewertung der verschiedenen Ansätze	347
(e)	Übertragung auf das Verhältnis zu externen Ermittlern	349
(6)	Datenschutzrechtliche Besonderheiten bei einer zentralen Ermittlungsstelle in verbundenen Unternehmen	350
(7)	Straf- und Bußgeldvorschriften des BDSG	352
(8)	Zwischenergebnis	353
b)	Änderungen ab dem 25. Mai 2018	354
(1)	Anwendbarkeit der DS-GVO	357
(2)	Grundsätzliche Datenerhebung beim Betroffenen	361
(3)	Die Einwilligung des Betroffenen	362
(4)	Erlaubnisnormen	364
(5)	Neu: Pflicht zur Datenschutz-Folgenabschätzung	366
(6)	Datenschutzrechtliche Besonderheiten bei externen Ermittlern	369
(7)	Datenschutzrechtliche Besonderheiten bei einer zentralen Ermittlungsstelle in verbundenen Unternehmen	370
(8)	Straf-, Bußgeld- und Haftungsvorschriften	371
(9)	Zwischenergebnis	374
8.	Recht des Interviewers zur Anfertigung von Aufzeichnungen und Gesprächsprotokollen	375
a)	Tonband- und Videoaufzeichnungen	375
b)	Gesprächsprotokolle und -notizen	376

9. Recht des Befragten zur Einsicht in die Gesprächsprotokolle	378
a) Rechtslage bis zum 24. Mai 2018	378
(1) Recht des Arbeitnehmers zur Einsicht in die Personalakten, § 83 I BetrVG	379
(a) Begriff der Personalakten	379
(b) Geltung von Interviewprotokollen als Teil der Personalakte	381
(c) Einschränkung des Einsichtsrechts nach § 83 I BetrVG	383
(i) Anonymitätsverlangen durch Dritte	383
(ii) Anonymitätszusicherung durch den Arbeitgeber	384
(iii) Betroffenheit Dritter	384
(iv) Umfang der erforderlichen Anonymisierung	386
(v) Zeitpunkt der Einsicht	387
(vi) Nur ausnahmsweise Ausübung des Einsichtsrechts durch bevollmächtigten Dritten	389
(d) Zwischenergebnis	390
(2) Auskunft zu gespeicherten Daten, § 34 BDSG	391
(a) Auskunftspflicht nur für Daten, die nicht dem Personalaktenbegriff unterfallen	391
(b) Geltung des § 34 BDSG für handschriftlich fixierte Daten	392
(c) Zeitpunkt der Auskunft	393
(d) Einschränkung aufgrund der Betroffenheit Dritter	394
(e) Zwischenergebnis	396
b) Änderungen ab dem 25. Mai 2018	396
(1) Recht auf Auskunft und auf eine Kopie, Art. 15 DS-GVO	396
(2) Zeitpunkt der Auskunft	398
(3) Einschränkung aufgrund der Betroffenheit Dritter	400
(4) Zwischenergebnis	401

10. Recht des Befragten auf Hinzuziehung eines Rechtsanwalts	402
a) Pflicht zur Duldung eines Rechtsanwalts beim Interview nur im Ausnahmefall	402
b) Pflicht zur Duldung eines Rechtsanwalts wegen des Gebots der „Waffen“- und Chancengleichheit	406
c) Pflicht zur Duldung eines Rechtsanwalts aufgrund der Rücksichts- bzw. Fürsorgepflicht	408
d) Pflicht zur Duldung eines Rechtsanwalts bei strafrechtlich relevanten Vorfällen	411
e) Pflicht des Arbeitgebers zur Tragung der Kosten für den Rechtsanwalt des Befragten	413
f) Recht des Arbeitgebers zur Tragung der Kosten für den Rechtsanwalt des Befragten	415
g) Pflicht des Arbeitgebers zum Hinweis auf die Möglichkeit der Hinzuziehung eines Rechtsanwalts	417
h) Zwischenergebnis	418
11. Recht des Befragten auf Hinzuziehung eines Betriebsratsmitglieds	419
a) Recht auf Hinzuziehung eines Betriebsratsmitglieds nach § 82 II 2 BetrVG	420
b) Pflicht zur Duldung eines Betriebsratsmitglieds bei strafrechtlich relevanten Vorfällen	423
c) Pflicht zur Duldung eines Betriebsratsmitglieds wegen des Gebots der „Waffen“- und Chancengleichheit	424
d) Keine Übertragbarkeit der Grundsätze auf leitende Angestellte	424
e) Pflicht des Arbeitgebers zum Hinweis auf die Möglichkeit der Hinzuziehung eines Betriebsratsmitglieds	425
12. Pflicht des Interviewers zur Belehrung des Befragten	425
a) Belehrungspflicht aus §§ 163a IV, 136 I StPO (analog)	426
b) Datenschutzrechtliche Belehrungspflichten	427
(1) Rechtslage bis zum 24. Mai 2018	427
(2) Änderungen ab dem 25. Mai 2018	430
c) Belehrung aufgrund der Fürsorgepflicht	431

13. Informations- und Mitbestimmungsrechte der Betriebsverfassungsorgane	432
a) Informationsrechte des Wirtschaftsausschusses	434
b) Informationsrechte des Betriebsrats	435
(1) Grundsätzlich umfassende Informationspflicht des Arbeitgebers bei geplanten Interviews mit Arbeitnehmern	435
(2) Keine Informationspflicht des Arbeitgebers beim Verdacht auf Fehlverhalten von Betriebsratsmitgliedern	437
c) Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats	439
(1) Zwingende Mitbestimmung des Betriebsrats bei Fragen des Ordnungsverhaltens, § 87 I Nr. 1 BetrVG	439
(2) Zustimmungsbefähigung von Personalfragebögen, § 94 I BetrVG	441
(3) Betriebsvereinbarungen zu internen Ermittlungen	444
d) Informationsrechte des Sprecherausschusses	446
14. Zwischenergebnis	446
B. Befragung ehemaliger Mitarbeiter	448
1. Pflicht des ehemaligen Arbeitnehmers zur Teilnahme an einem Interview	448
2. Auskunftspflicht des ehemaligen Arbeitnehmers	449
a) Nachvertragliche Auskunftspflicht nach §§ 666, 675 BGB	449
b) Nachvertragliche Auskunftspflicht nach §§ 241 II, 242 BGB	450
c) Durchsetzung des Auskunftsanspruchs und Sanktionen bei verweigerter Mitwirkung des ehemaligen Arbeitnehmers	451
3. Datenschutzrechtliche Zulässigkeit der Befragung	451
4. Recht des ehemaligen Mitarbeiters zur Einsicht in die Gesprächsprotokolle	452
a) Recht des ehemaligen Mitarbeiters zur Einsicht in die Personalakten	452
(1) Nachvertragliches Recht auf Einsicht in die Personalakten	452

(2) Geltung der Interviewprotokolle als Teil der Personalakte des ehemaligen Arbeitnehmers	454
(3) Zwischenergebnis	455
b) Auskunftsrechte nach BDSG bzw. DS-GVO	455
(1) Rechtslage bis zum 24. Mai 2018	455
(2) Änderungen ab dem 25. Mai 2018	455
5. Recht des ehemaligen Mitarbeiters auf Hinzuziehung Dritter zum Interview	456
6. Informations- und Mitbestimmungsrechte der Betriebsverfassungsorgane	456
7. Zwischenergebnis	457
C. Befragung Dritter	457
1. Befragung Dritter mit rechtlicher Beziehung zum ermittelnden Unternehmen	458
2. Befragung Dritter ohne rechtliche Beziehung zum ermittelnden Unternehmen	460
3. Zwischenergebnis	460
D. Generelle Maßnahmen zur Steigerung der Auskunftsbereitschaft	460
1. Recht des Interviewers zur Täuschung des Befragten	461
a) Täuschungsverbot aus § 136a I StPO (analog)	461
b) Täuschungsverbot aus §§ 241 II, 242 BGB	462
(1) Gegenstand der Täuschung	464
(2) Berechtigtes, schutzwürdiges und billigenwertes Interesse an dem bezweckten Täuschungserfolg	466
(3) Täuschung als faktisch einzige Möglichkeit der Interessenwahrnehmung	467
c) Täuschung bei Nichtbestehen eines Schuldverhältnisses	467
d) Täuschungsverbot für Rechtsanwälte aus § 43a III BRAO	468
2. Geldzahlungen zur Steigerung der Auskunftsbereitschaft	469
3. Amnestieprogramme	470
a) Erforderlichkeit der Amnestie	472
b) Zulässigkeit einzelner Amnestiezusagen	473
(1) Verzicht auf arbeitsrechtliche Konsequenzen	473

(2) Verzicht auf die Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen	476
(3) Schutz vor Strafverfolgung	480
(4) Zusicherung der Vertraulichkeit	481
(5) Freistellung von Rechtsverteidigungskosten, Geldbußen oder Geldstrafen	482
(a) Freistellung von Verfahrenskosten	482
(b) Freistellung von Kautionszahlungen	484
(c) Freistellung von Geldstrafen, Geldbußen oder Geldauflagen	484
c) Informations- und Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats	486
4. Zwischenergebnis	488
E. Mögliche Strafbarkeit interner Ermittler bei Interviews	489
1. Nötigung, § 240 StGB	489
a) Objektiver Tatbestand	489
b) Subjektiver Tatbestand	490
c) Verwerflichkeit	490
2. Amtsanmaßung, § 132 StGB	495
3. Missbrauch von Titeln, Berufsbezeichnungen und Abzeichen, § 132a StGB	496
F. Zwischenergebnis	497
II. Sichtung von Dokumenten	498
A. Dokumente in Papierform	499
1. Pflicht zur Herausgabe	499
2. Durchsuchung des Arbeitsplatzes	500
a) Mögliche Strafbarkeit	500
b) Datenschutzrechtliche Zulässigkeit	501
3. Sichtung von Geschäftsunterlagen	503
4. Sichtung privater Unterlagen des Mitarbeiters	504
a) Strafbarkeit nach § 202 StGB	505
(1) Objektiver Tatbestand	505
(a) Verschlussene Schriftstücke und Abbildungen	505
(b) Nicht zur Kenntnis des Täters bestimmt	506
(c) Tathandlung	508
(2) Subjektiver Tatbestand	509
(3) Zwischenergebnis	510

b)	Datenschutzrechtliche Zulässigkeit	511
5.	Sichtung der Personalakte	513
B.	Elektronische Dokumente (außer E-Mails)	516
1.	Herausgabe und „Spiegelung“ von Computern und Festplatten	517
2.	Sichtung elektronischer Geschäftsunterlagen	519
3.	Sichtung privater elektronischer Unterlagen	521
a)	Strafbarkeit nach § 202a StGB	521
(1)	Daten	522
(2)	Verschaffen des Zugangs	522
(3)	Nicht für den Täter bestimmte Daten	523
(a)	Verbreitete Literaturmeinung: Verfügungsberechtigung des „Skribenten“	523
(b)	Grundsätzliche Verfügungsberechtigung des Datenträgereigentümers	524
(c)	Abweichende Zuordnung durch Gesetz	526
(d)	Abweichende Zuordnung durch Vereinbarung	526
(e)	Verfügungsberechtigung für elektronische Geschäftsunterlagen	527
(f)	Verfügungsberechtigung für private Dateien bei erlaubter Privatnutzung der betrieblichen IT	527
(g)	Verfügungsberechtigung für private Dateien bei unerlaubter Privatnutzung der betrieblichen IT	528
(4)	Überwindung der besonderen Zugangssicherung	530
(5)	Subjektiver Tatbestand	533
(6)	Zwischenergebnis	534
b)	Datenschutzrechtliche Zulässigkeit	534
C.	Informations- und Mitbestimmungsrechte der Betriebsverfassungsorgane	537
1.	Informationsrechte der Betriebsverfassungsorgane	537
2.	Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats	538
a)	Herausgabe von Arbeitsmitteln und Durchsichtung des Arbeitsplatzes	538

b)	Sichtung papierförmiger Unterlagen	539
c)	Sichtung elektronischer Unterlagen	540
(1)	Technische Überwachungseinrichtung	540
(2)	Eigenständige Kontrollwirkung	541
(3)	Übertragung der Grundsätze auf die Sichtung elektronischer Dokumente	543
(4)	Inhalt und Umfang des Mitbestimmungsrechts	546
D.	Zwischenergebnis	549
III.	E-Mail-Analyse	550
A.	Ausgedruckte E-Mails	551
B.	Private E-Mail-Nutzung gestattet	551
1.	Regelung der Privatnutzung	552
a)	Grundsatz: Unzulässigkeit der Privatnutzung des betrieblichen E-Mail-Accounts	552
b)	Keine zulässige Privatnutzung des betrieblichen E-Mail-Accounts aufgrund betrieblicher Übung	555
2.	Anwendbarkeit des TMG	562
3.	Anwendbarkeit von § 88 TKG und § 206 StGB	564
a)	Grundsätzliche Geltung des Fernmeldegeheimnisses im Arbeitsverhältnis	566
(1)	Grammatikalische Auslegung	571
(a)	Angebot von Telekommunikation	572
(b)	Nachhaltiges Angebot	576
(c)	Für Dritte	581
(d)	Zwischenergebnis	586
(2)	Historische Auslegung	587
(a)	Materialien zum TKG 1996	587
(b)	Materialien zum geltenden TKG	594
(c)	Zwischenergebnis	595
(3)	Systematische Auslegung	596
(a)	Fehlender Bezug von § 88 TKG zu § 3 Nr. 24 TKG	596
(b)	Bedeutung des „Diensteanbieter“- Begriffs in der innergesetzlichen Systematik	597
(c)	Konflikt zwischen Fernmeldegeheimnis und gesetzlichen Aufbewahrungspflichten	598

(d)	Fehlen einer mit § 11 I Nr. 1 TMG vergleichbaren TKG-Norm	601
(e)	Zwischenergebnis	602
(4)	Teleologische Auslegung	602
(a)	Zweck des Fernmeldegeheimnisses	602
(b)	Zweck des TKG	605
(5)	Zwischenergebnis	608
b)	Reichweite des Fernmeldegeheimnisses bei der betrieblichen E-Mail-Kontrolle	609
(1)	Das Fernmeldegeheimnis in den vier Phasen der E-Mail-Übertragung	610
(2)	Das Fernmeldegeheimnis in § 88 TKG und Art. 10 I GG	611
(3)	Meinungsstand in Literatur und Rechtsprechung zur Reichweite des Art. 10 I GG	612
(4)	Rechtsprechung des BVerfG	615
(5)	Bewertung der BVerfG-Rechtsprechung und ihre Übertragbarkeit auf das Fernmeldegeheimnis nach § 88 TKG	617
(6)	Anwendung der Grundsätze auf die E-Mail-Auswertung im Arbeitsverhältnis	625
(a)	Verwertung der eingegangenen E-Mails auf dienstlichen Endgeräten	626
(b)	Verwertung der eingegangenen E-Mails auf dem Mail-Server	628
(i)	Verwendung des POP3-Protokolls	629
(ii)	Verwendung des IMAP-Protokolls	630
(c)	Verwertung der gesendeten E-Mails	633
(7)	Zwischenergebnis	635
c)	Zulässigkeit heimlicher Eingriffe in das Fernmeldegeheimnis	635
(1)	Zulässige Eingriffe nach § 88 III TKG	636
(2)	Zulässige Eingriffe nach § 100 III TKG	636
(3)	Allgemeine Rechtfertigungsgründe	637
(4)	Zulässige Eingriffe aufgrund einer Betriebsvereinbarung	638
(5)	Zwischenergebnis	639
d)	Möglichkeit der Einwilligung	640
e)	Strafbarkeit nach § 206 StGB	646

f)	Zwischenergebnis	650
4.	Strafbarkeit nach § 202a StGB	651
a)	Nicht für den Arbeitgeber bestimmte E-Mails	652
(1)	Dienstliche E-Mails	652
(2)	Private E-Mails	653
b)	Überwindung der besonderen Zugangssicherung	655
c)	Zwischenergebnis	655
5.	Datenschutzrechtliche Zulässigkeit	656
a)	Rechtslage bis zum 24. Mai 2018	656
(1)	Dienstliche E-Mails	660
(a)	Anwendung der Grundsätze zur Kontrolle dienstlicher Telefonate oder dienstlicher Post	660
(b)	Grundsätzlich zulässige Kontrolle dienstlicher E-Mails	662
(c)	Ausnahme: Besondere Berufsgruppen	664
(2)	Private E-Mails	666
(a)	Erkennbare Trennung dienstlicher und privater E-Mails	669
(b)	Vermischung dienstlicher und privater E-Mails	670
(3)	Sonderfall: Sicherungs- und Protokolldateien	672
b)	Änderungen ab dem 25. Mai 2018	675
(1)	Das Verhältnis von DS-GVO und § 88 TKG	675
(2)	Zulässigkeit der Analyse privater und dienstlicher E-Mails	678
(3)	Sonderfall: Sicherungs- und Protokolldateien	679
6.	Zwischenergebnis	681
C.	Private E-Mail-Nutzung untersagt	683
1.	Keine Anwendbarkeit von TMG, TKG oder § 206 StGB	683
2.	Strafbarkeit nach § 202a StGB	684
a)	Nicht für den Arbeitgeber bestimmte E-Mails	684
(1)	Dienstliche E-Mails	684
(2)	Private E-Mails	684
b)	Überwindung der besonderen Zugangssicherung	686

c)	Zwischenergebnis	686
3.	Datenschutzrechtliche Zulässigkeit	686
a)	Dienstliche E-Mails	686
b)	Private E-Mails	688
4.	Zwischenergebnis	690
D.	Informations- und Mitbestimmungsrechte der Betriebsverfassungsorgane	691
1.	Informationsrechte der Betriebsverfassungsorgane	691
2.	Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats	691
E.	Zwischenergebnis	694
IV.	Massendatenanalyse (Screening)	696
A.	Datenschutzrechtliche Zulässigkeit	698
1.	Rechtslage bis zum 24. Mai 2018	698
a)	Anonymisierung und Pseudonymisierung	700
b)	Erlaubnis durch Betriebsvereinbarung	704
c)	Einschlägige Erlaubnisnorm	704
(1)	Verwendung von Daten Nicht-Beschäftigter	704
(2)	Verwendung von Beschäftigtendaten	705
d)	Geeignetheit und Erforderlichkeit	710
e)	Interessenabwägung	714
2.	Änderungen ab dem 25. Mai 2018	720
B.	Informations- und Mitbestimmungsrechte der Betriebsverfassungsorgane	721
C.	Zwischenergebnis	724
V.	Recherchen in öffentlich zugänglichen Quellen	725
A.	Datenschutzrechtliche Zulässigkeit	726
1.	Rechtslage bis zum 24. Mai 2018	727
a)	Einschlägige Erlaubnisnorm	727
b)	Allgemein zugängliche Daten	731
(1)	Presseinhalte	731
(2)	Websites und Suchmaschinen	731
(3)	Soziale Netzwerke	733
c)	Geeignetheit und Erforderlichkeit	735
d)	Interessenabwägung	737
2.	Änderungen ab dem 25. Mai 2018	741
B.	Informations- und Mitbestimmungsrechte der Betriebsverfassungsorgane	743
C.	Zwischenergebnis	744

4. Kapitel: Umgang mit den Ermittlungsergebnissen	746
I. Pflicht zur Offenlegung von Ermittlungsergebnissen	747
A. Pflicht zur Offenlegung gegenüber staatlichen Stellen	748
1. Offenlegungspflichten des Unternehmens	748
a) Steuerrechtliche Mitwirkungs- und Berichtigungspflichten, §§ 90, 153 AO	748
b) Spezialgesetzliche Offenlegungspflichten	749
(1) Verdachtsmeldung nach § 43 GwG	749
(2) Anzeigepflichten beim Verdacht auf Marktmanipulation, Insiderhandel oder Verstöße gegen die LeerverkaufsVO	752
2. Offenlegungsobliegenheiten des Unternehmens	752
3. Offenlegungspflichten der Unternehmensleiter	754
a) Materiell-strafrechtliche Grundlagen einer Offenlegungspflicht	754
(1) Nichtanzeige geplanter Straftaten, § 138 StGB	754
(2) Strafvereitelung durch Unterlassen, §§ 258, 13 StGB	755
(3) Untreue, § 266 StGB	756
(4) Subventionsbetrug, § 264 I Nr. 3 StGB	756
(5) Beteiligung an einer noch andauernden oder bevorstehenden Straftat, §§ 13, 25 ff. StGB	757
b) Strafprozessuale Auskunftspflichten	759
c) Gesellschaftsrechtliche Offenlegungspflicht	763
B. Pflicht zur Offenlegung gegenüber nichtstaatlichen Stellen	766
1. Ad-hoc-Publizitätspflichten	766
2. Gesellschaftsrechtliche Auskunftspflichten	767
3. Datenschutzrechtliche Auskunftspflichten	768
a) Rechtslage bis zum 24. Mai 2018	768
b) Änderungen ab dem 25. Mai 2018	769
4. Schuldrechtliche Auskunftspflichten	770
C. Zwischenergebnis	771
II. Freiwillige Offenlegung von Ermittlungsergebnissen	772
A. Verschwiegenheits- und Geheimnisschutzpflichten	774
B. Fürsorgepflicht des Arbeitgebers	775

C.	Datenschutzrechtliche Zulässigkeit	777
1.	Erlaubnisnormen für die Offenlegung gegenüber staatlichen Stellen	777
a)	Grundsätzlich zulässige Datenübermittlung für Zwecke der Strafverfolgung	778
b)	Sonderfall: Interviewaussagen	781
2.	Erlaubnisnormen für sonstige Fälle der Offenlegung	784
D.	Zwischenergebnis	786
III.	Möglichkeiten der Beschlagnahme	786
A.	Unterlagen im Gewahrsam externer Ermittler	793
1.	Rechtsanwälte als externe Ermittler	793
a)	Kein Beschlagnahmeverbot aus § 160a StPO	794
b)	Beschlagnahmeverbote nach § 97 StPO	799
(1)	Gewahrsamsregelung des § 97 II 1 StPO	801
(2)	Keine Verstrickung i.S.d. § 97 II 3 StPO	802
(3)	Uneingeschränkte Beschlagnahmefähigkeit von Deliktsgegenständen	802
(4)	Tätigkeit des Rechtsanwalts „in dieser Eigenschaft“	803
(5)	Für ein Beschlagnahmeverbot in Betracht kommende Ermittlungsunterlagen	806
(6)	Vertrauensverhältnis zum Beschuldigten	808
(a)	Erstreckung des Vertrauensverhältnisses zwischen Anwalt und Unternehmen auf die beschuldigten Unternehmensangehörigen	815
(b)	Das Unternehmen als „Beschuldigter“ i.S.d. § 97 I StPO	819
(7)	Zwischenergebnis	827
c)	Sonderfall: Verteidigungsunterlagen i.S.d. § 148 StPO	828
(1)	Die Rechtsstellung eines Unternehmensverteidigers	831
(2)	Zeitpunkt der Begründung der Rechtsstellung	832
(3)	Zeitliche Vorverlagerung des Verteidigungsverhältnisses beim Individualbeschuldigten	834

(4) Entsprechende Anwendung der Grundsätze auf das Unternehmensverteidigerverhältnis	842
(5) Qualifizierung interner Ermittlungsunterlagen als Verteidigungsunterlagen i.S.d. § 148 StPO	845
d) Zwischenergebnis	854
2. Wirtschaftsprüfer als externe Ermittler	855
a) Beschlagnahmeverbot nach § 97 StPO	855
b) Sonderfall: Verteidigungsunterlagen	859
3. Sonstige externe Ermittler	862
B. Unterlagen beim Unternehmen	863
1. Kein Beschlagnahmeverbot nach § 97 StPO	863
2. Sonderfall: Verteidigungsunterlagen	866
C. Sonderfall: Interviewprotokolle	870
D. Zwischenergebnis	872
IV. Strafprozessuale Verwertbarkeit von Interviews	873
A. Beweisverwertungsverbot nach § 136a III 2 StPO analog	877
1. Analogiebildung bei rechtswidrigem Handeln Privater	878
2. Analogiebildung bei rechtmäßigem Handeln Privater	882
3. Zwischenergebnis	886
B. Beweisverwendungsverbot nach § 97 I 3 InsO analog	887
1. Auskunftspflicht	888
2. Drittinteresse	892
3. Erzwingbarkeit	892
4. Planwidrige Regelungslücke	894
5. Reichweite des Verbots	895
a) Reichweite des Verwendungsverbots nach § 97 I 3 InsO	898
(1) Auskünfte des Schuldners	898
(2) Frühwirkung	901
(3) Fernwirkung	909
(4) Drittwirkung	913
b) Entsprechende Anwendung auf Interviewaussagen	915
V. Fazit zum 4. Kapitel	918
Literaturverzeichnis	923



## Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere(r) Ansicht
a.E.	am Ende
a.F.	alte Fassung
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AG	Amtsgericht / Aktiengesellschaft / Die Aktiengesellschaft (Zeitschrift)
AktG	Aktiengesetz
AMG	Arzneimittelgesetz
ÄndG	Änderungsgesetz
AnwBl	Anwaltsblatt (Zeitschrift)
AO	Abgabenordnung
AP	Arbeitsrechtliche Praxis (Zeitschrift)
ArbG	Arbeitsgericht
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
ArbRAktuell	Arbeitsrecht Aktuell (Zeitschrift)
ArbRB	Arbeits-Rechtsberater (Zeitschrift)
ArbZG	Arbeitszeitgesetz
Art.	Artikel
AT	Allgemeiner Teil
AuA	Arbeit und Arbeitsrecht (Zeitschrift)
AuR	Arbeit und Recht (Zeitschrift)
AWG	Außenwirtschaftsgesetz
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BayOBLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BB	Betriebs-Berater (Zeitschrift)
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz (in der bis zum 24. Mai 2018 geltenden Fassung)
BDSG-neu	Bundesdatenschutzgesetz (in der ab dem 25. Mai 2018 geltenden Fassung)
BeckOK	Beck'scher Online Kommentar
Begr.	Begründer
Beschl.	Beschluss
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BFH	Bundesfinanzhof
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch

## Abkürzungsverzeichnis

BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BImSchG	Bundes-Immissionsschutzgesetz
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
BLT	Business Law Today (Zeitschrift)
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMJV	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
BnotO	Bundesnotarordnung
BOARD	Zeitschrift für Aufsichtsräte in Deutschland
BORA	Berufsordnung für Rechtsanwälte
BPersVG	Bundespersonalvertretungsgesetz
BR	Bundesrat
BRAK	Bundesrechtsanwaltskammer
BRAK-Mitt.	BRAK-Mitteilungen
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
Bsp.	Beispiel
bspw.	beispielsweise
BT	Bundestag / Besonderer Teil
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
CB	Compliance-Berater (Zeitschrift)
CCZ	Corporate Compliance Zeitschrift
CFL	Corporate Finance Law (Zeitschrift)
CR	Computer und Recht (Zeitschrift)
d.h.	das heißt
DAJV	Deutsch-Amerikanische Juristen-Vereinigung e.V.
DANA	Datenschutz Nachrichten (Zeitschrift)
DAV	Deutscher Anwaltverein
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
dbr	der Betriebsrat (Zeitschrift)
DCGK	Deutscher Corporate Governance Kodex (in der Fassung vom 16. Dezember 2019)
ders.	derselbe
dies.	dieselbe(n)
diff.	differenzierend
DIIR	Deutsches Institut für Interne Revision
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
DrittelbG	Drittelbeteiligungsgesetz
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
Drucks.	Drucksache
DS	Der Sachverständige (Zeitschrift)
DS-GVO	EU-Datenschutzgrundverordnung

DSB	Datenschutz-Berater (Zeitschrift)
DStR	Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift)
DuD	Datenschutz und Datensicherheit (Zeitschrift)
DV	Delegierte Verordnung
DVP	Deutsche Verwaltungspraxis (Zeitschrift)
E	Entwurf
e.V.	eingetragener Verein
EDV	elektronische Datenverarbeitung
EFAR	Expertenforum Arbeitsrecht
EG	Europäische Gemeinschaft
EG-DSRI	Europäische Datenschutzrichtlinie
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
EStG	Einkommensteuergesetz
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuG	Gericht Erster Instanz der Europäischen Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EUR	Euro
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
f., ff.	folgende, fortfolgende
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FCPA	Foreign Corrupt Practices Act
FD-StrafR	Fachdienst Strafrecht (Zeitschrift)
FFLR	Financial Fraud Law Report (Zeitschrift)
FG	Finanzgericht
Fn.	Fußnote
FPersG	Fahrpersonalgesetz
FS	Festschrift
GA	Goldammers Archiv für Strafrecht (Zeitschrift)
GastG	Gaststättengesetz
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH-Rundschau (Zeitschrift)
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (Zeitschrift)
GS	Gedächtnisschrift
GWB	Gesetz über Wettbewerbsbeschränkungen
GwG	Geldwäschegesetz
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
h.L.	herrschende Lehre

## Abkürzungsverzeichnis

h.M.	herrschende Meinung
Hdb.	Handbuch
HGB	Handelsgesetzbuch
HRRS	Onlinezeitschrift für Höchstrichterliche Rechtsprechung zum Strafrecht
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
i.d.R.	in der Regel
i.d.S.	in diesem Sinne
i.E.	im Ergebnis
i.e.S.	im engeren Sinne
i.S.d.	im Sinne des / der
i.S.v.	im Sinne von
i.V.m.	in Verbindung mit
i.w.S.	im weiteren Sinne
InsO	Insolvenzordnung
IntBestG	Gesetz zur Bekämpfung internationaler Bestechung
IT	Informationstechnologie
ITRB	IT-Rechtsberater (Zeitschrift)
iur	Informatik und Recht (Zeitschrift)
JA	Juristische Arbeitsblätter (Zeitschrift)
JM	juris - Die Monatszeitschrift
JR	Juristische Rundschau (Zeitschrift)
Jura	Juristische Ausbildung (Zeitschrift)
jurisPR-ArbR	juris PraxisReport Arbeitsrecht (Zeitschrift)
jurisPR-Compl	juris PraxisReport Compliance & Investigations (Zeitschrift)
jurisPR-StrR	juris PraxisReport Strafrecht (Zeitschrift)
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JZ	Juristen Zeitung
K&R	Kommunikation & Recht (Zeitschrift)
KAGB	Kapitalanlagegesetzbuch
KAMaRisk	Mindestanforderungen an das Risikomanagement von Kapitalverwaltungsgesellschaften (BaFin-Rundschreiben)
Kap.	Kapitel
KG	Kommanditgesellschaft / Kammergericht Berlin
KJ	Kritische Justiz (Zeitschrift)
KK	Karlsruher Kommentar
KO	Konkursordnung
krit.	kritisch
KrWG	Kreislaufwirtschaftsgesetz
KSchG	Kündigungsschutzgesetz
KStG	Körperschaftsteuergesetz
KSzW	Kölner Schrift zum Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
KWG	Kreditwesengesetz
LAG	Landesarbeitsgericht

LG	Landgericht
Lit.	Literatur
lit.	Littera (Buchstabe)
m. w. Nachw.	mit weiteren Nachweisen
MaComp	Mindestanforderungen an die Compliance-Funktion (BaFin-Rundschreiben)
MaRisk	Mindestanforderungen an das Risikomanagement (BaFin-Rundschreiben)
MarkenG	Markengesetz
MDR	Monatsschrift für deutsches Recht
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MgVG	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei einer grenzüberschreitenden Verschmelzung
MiFID	Markets in Financial Instruments Directive (Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente)
MitbestG	Mitbestimmungsgesetz
MMR	MultiMedia und Recht (Zeitschrift)
MontanMitbestG	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie
MüKo	Münchener Kommentar
NDC	Newsdienst Compliance (Zeitschrift)
NJ	Neue Justiz (Zeitschrift)
NJOZ	Neue Juristische Online Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NK	Nomos-Kommentar
Nr.	Nummer
NRW	Nordrhein-Westfalen
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZBau	Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZI	Neue Zeitschrift für Insolvenz- und Sanierungsrecht
NZWiSt	Neue Zeitschrift für Wirtschafts- Steuer- und Unternehmensstrafrecht
o.D.	ohne Datum
o.V.	ohne Verfasser
öAT	Zeitschrift für das öffentliche Arbeits- und Tarifrecht
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
OHG	Offene Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht
OVG	Oberverwaltungsgericht

## Abkürzungsverzeichnis

OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
Parl. Rat	Parlamentarischer Rat
PatG	Patentgesetz
PersV	Die Personalvertretung (Zeitschrift)
PinG	Privacy in Germany (Zeitschrift)
RdA	Recht der Arbeit (Zeitschrift)
RDV	Recht der Datenverarbeitung (Zeitschrift)
RFH	Reichsfinanzhof
RFHE	Entscheidungen des Reichsfinanzhofs
RG	Reichsgericht
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft (Zeitschrift)
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
RR	Rechtsprechungsreport
Rspr.	Rechtsprechung
S.	Seite / Satz
s.o.	siehe oben
s.u.	siehe unten
SAE	Sammlung Arbeitsrechtlicher Entscheidungen
SGB	Sozialgesetzbuch
sog.	sogenannt
SprAuG	Sprecherausschußgesetz
St.	Ständige
StA	Staatsanwaltschaft
StBerG	Steuerberatungsgesetz
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
StraFo	Strafverteidiger Forum (Zeitschrift)
StV	Strafverteidiger (Zeitschrift)
SZ	Süddeutsche Zeitung
TierSchG	Tierschutzgesetz
TK	Telekommunikation
TKG	Telekommunikationsgesetz
TMG	Telemediengesetz
TzBfG	Teilzeit- und Befristungsgesetz
u.a.	und andere / unter anderem
u.U.	unter Umständen
UrhG	Urheberrechtsgesetz
Urt.	Urteil
USD	US-Dollar
usw.	und so weiter
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
v.	von / vom
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
Verf.	Verfügung

VerSanG-E	Entwurf eines Verbandssanktionengesetzes vom 20. April 2020
VersR	Versicherungsrecht (Zeitschrift)
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
Vor	Vorbemerkung(en)
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
Wij	Journal der Wirtschaftsstrafrechtlichen Vereinigung e.V.
WiPrPrüfV	Wirtschaftsprüferprüfungsverordnung
wistra	Zeitschrift für Wirtschafts- und Steuerstrafrecht
WM	Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankenrecht
WPg	Die Wirtschaftsprüfung (Zeitschrift)
WpHG	Wertpapierhandelsgesetz
WPO	Wirtschaftsprüferordnung
WRegG	Wettbewerbsregistriergesetz
WuB	Entscheidungssammlung zum Wirtschafts- und Bankenrecht (Zeitschrift)
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb (Zeitschrift)
ZAG	Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz
ZBR	Zeitschrift für Beamtenrecht
ZCG	Zeitschrift für Corporate Governance
ZD	Zeitschrift für Datenschutz
ZfA	Zeitschrift für Arbeitsrecht
ZfgK	Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZIR	Zeitschrift für Interne Revision
ZIS	Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik
zit.	zitiert
ZJS	Zeitschrift für das juristische Studium
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRFC	Zeitschrift Risk, Fraud & Compliance
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
zust.	zustimmend
ZWeR	Zeitschrift für Wettbewerbsrecht
ZWH	Zeitschrift für Wirtschaftsstrafrecht und Haftung im Unternehmen

